Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

140 (29.11.1919)

Visual Library

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen
monatlich 93 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 1 Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die Petitzeile (42 mm breit) 30 Pfg. bei Platzvorschrift 35 Pfg im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort Sinsheim.

Schluß d. Anzeigenannahme 8 Uhr vorm., umfangreicher Anzeigen wollen Tags zuvor aufgegeben werden.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

№ 140. Samstag, den 29. November 1919. 80. Jahrgang

Das Wichtigste.

Der Badische Landtag hat in seiner Mittwoch-Sitzung Anträge über Tabakfreigabe angenommen.

*

Die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen teilt mit, daß zur Zeit vor einer neuen Verkehrssperre nichts bekannt ist.

*

Der Uebergang der deutschen Bahnen auf das Reich soll schon zum 1 April 1920 erfolgen.

*

Das bayerische Zentrum will den Kronprinzen Rupprecht als Reichspräsidentschaftskandidaten aufstellen.

*

Ende dieser Woche soll in der Nationalversammlung wieder eine kleine Verhandlungspause eintreten.

*

Die deutsche Antwort auf Clemenceaus Kriegsgefangenen-Note wird veröffentlicht.

*

Frankreich fordert die Auslieferung der Gouverneure von Lille

*

Die interalliierte Waffenstillstandskommission genehmigte die generelle Handelsfreiheit zwischen den deutschen Häfen und der deutschen Ostseeküste für Segelschiffe und Motorsegelschiffe bis zu 100 Brutto-Registertonnen Inhalt.

*

Um Wien zu helfen, werden im Dezember von jeder deutschen Brotkarte 50 Gramm abgegeben werden.

*

Die Spartakisten in München fordern unter Streikandrohung die Entlassung der in den Betrieben angestellten Arbeiter, die bei der Reichswehr waren.

*

Die baltische Regiernng hat Deutschland von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Kenntnis gesetzt.

Die deutsche Antwort auf die Gefangenen-Note.

W **Berlin**, 29. Nov. Die **Reichsregierung** hat auf die **letzte Kriegsgefangenennote der Entente mit einer Note geantwortet**, in der sie feststellt, daß die seinerzeitige Zusage der Entente, die deutschen Kriegsgefangenen noch vor Inkraftsetzung des Friedensvertrages heimzubefördern, auf ein Entgegenkommen Deutschlands in der Frage der Kohlenlieferung und des Falles Manheim zurückzuführen war. Es wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß für vermeintliche Vergehen der deutschen Regierung Schuldlose büßen und als Geiseln dafür angesehen werden sollen, daß die französischen Wünsche erfüllt werden. Entgegen der französischen Behauptung würden die **Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus nicht gut behandelt.** Kleidung und Unterbringung seien für die kalte Jahreszeit vollkommen ungenügend zum Teil seien die Gefangenen sogar noch vom Verkehr mit der Heimat abgeschnitten.

Die deutsche Regierung halte es für angebracht, folgendes festzustellen: 1. Die Alliierten wurden von ihr auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Herausgabe der wegen Verstöße gegen die Kriegsgesetze angeklagten Personen entgegenstellen. Deutschland hat die Alliierten gebeten, zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf andere Weise erreichen ließe. 2. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die französische Bevölkerung kein weiteres Elend der deutschen Kriegsgefangenen wünscht, daß sie noch länger für Handlungen büßen müssen, für die sie keine Verantwortung tragen. 3. Die deutsche Regierung hat keine Schuld, daß über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter für die zerstörten Gebiete noch keine Verständigung zustandegekommen ist. 4. Der Vorwurf, die deutsche Regierung habe vorläufige Maßnahmen zur Erleichterung der Friedensbestimmungen in Schleswig und Oberschlesien abgelehnt, wird zurückgewiesen; im Gegenteil habe die Regierung den alliierten Kommissionen weitgehende Unterstützung gewährt. 5. Bezüglich des Waffenstillstandsabkommens habe Deutschland sein Aeußerstes getan, um den unerhörten Anforderungen gerecht zu werden. 6. Auf die Angelegenheit der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow und die Räumung des Baltikums wird an anderer Stelle hingewiesen werden. 7. Der Vorwurf wegen der Zweideutigkeit der Reichsverfassung sei längst erledigt. 8. Die Behauptung, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt eine Propaganda gegen die Alliierten, sei ein Märchen.

*

Aus dieser deutschen Antwort, die mit der wünschenswerten Schnelligkeit gegeben worden ist, erhält man vor allem einen Einblick in die Verhandlungen der deutschen Delegation unter Leitung Simsons vor ihrer Wiederabreise von Paris. Besonders wichtig ist da die deutsche Weigerung, eigene Landeskinder an die haßerfüllten Entente-Richter zu verraten, ferner ist wichtig der Hinweis darauf, daß die Gestellung der Zivilarbeiter nur durch Frankreich verzögert wird, weil eben die Gefangenenarbeit insofern günstiger ist, als diese Arbeiter unter der Kontrolle des französischen Militarismus stehen, während man von freien deutschen Arbeitern ein Zusammengehen mit den französischen Sozialisten fürchtet. Die Lohnfrage ist ja für Frankreich gleichgültig, da ja Deutschland ohnehin die Kosten zu tragen hat.

Die Abreise der deutschen Abordnung von Paris.

Berlin, 25. Nov. Das Reichskabinett beriet gestern hauptsächlich über die Abreise des deutschen Bevollmächtigten v. Simson aus Paris. — Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, hat diese Abreise beim Verband und besonders in Frankreich neben offensichtlichem Unbehagen und Ueberraschung Kommentare hervorgerufen, die weniger den Tatsachen als dem durch die Abreise erzeugten Mißmut entsprechen dürften. Es heißt nach Hintergedanken suchen wenn die Frage aufgeworfen wird, ob es nicht innerhalb der deutschen Regierung Männer gebe, die den Frieden wieder in Frage stellen möchten und ob nicht hinter der deutschen Regierung militärische u. reaktionäre Einflüsse zu suchen seien, die um jeden Preis das Inkrafttreten des Vertrags verhindern wollten, um die Entwaffnung Deutschlands und die Festigung des demokratischen Regimes unmöglich zu machen. — Im „Vorwärts" heißt es: Die Alliierten haben beschlossen, Deutschland dafür büßen zu lassen, daß England die waffenstillstandswidrig statt in einem neutralen Hafen in dem von Scapa Flow internierten deutschen Schiffe nicht so überwacht hat, als es nötig gewesen wäre. **Es tut sich die Frage auf, ob wir harmlos und gutmütig und willig uns das letzte Hemd vom Leibe ziehen und hingeben oder ob wir eine Grenze im Auge haben sollen, an der wir stark und bestimmt Nein sagen.** — Auch in der „Kreuzzeitung" wird gesagt: Wenn die deutsche Regierung auch nur eine Spur von Rückgrat hat, kann sie unmöglich die Hand dazu bieten, uns einen zweiten noch schmählicheren Friedensvertrag aufzuzwingen.

Scapa Flow.

Die Auffassung, daß die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow den Engländern trotz des großen Geschreis mehr als gelegen kam, insofern als durch diese ein Zankapfel zwischen den Alliierten aus dem Wege geschafft wurde, wird jetzt glänzend bestätigt durch einen Leitartikel des Manchester Guardian vom 12. November, in dem ausgeführt wird, daß weder in den Augen der Engländer noch der Amerikaner der Verlust der deutschen Schiffe ein wesentlicher gewesen sei, da es kein Geheimnis sei daß sowohl die britische wie die amerikanische Admiralität selbst für die Lösung der Frage mittelst Anbohrung und Versenkung gewesen sei, nur hätten sie diese gerne durch die Verbündeten, nicht durch die Deutschen herbeigeführt gesehen. Wirklich beeinträchtigt fühlten sich nur die Franzosen. Wenn jetzt vorgeschlagen werde, als Ersatz für den Verlust der alten angerosteten Schiffe von den Deutschen 400 000 Tonnen Schiffsbaumaterial (Schwimmdocks, Baggermaschinen, usw.) zu fordern, so bedeutet dies einen vernichtenden Schlag gegen Deutschland und die Möglichkeit, daß, was Seehandelsverkehr anlange, es sich je wieder erholen könne. Die Gerechtigkeit fordere, daß Deutschland nicht für eine Handlung bestraft werde, durch die Amerika und England zugestandenermaßen sich nicht geschädigt fühlten, die vielmehr, soweit man sehe, lediglich eine große Geste der deutschen Seeoffiziere und nicht der deutschen Regierung gewesen sei. Die Absicht der Verbündeten sei es nicht, das deutsche Volk zu zermalmen und jeglicher Mittel zum Wiederaufbau zu berauben. Die öffentliche Meinung in England würde ein derartiges Vorgehen nicht gutheißen, noch entspreche es der Menschlichkeit und Staatsklugheit. Der Artikel des Manchester Guardian ist **offenbar ein Wink für die deutsche Regierung, die Forderung der Franzosen auf Ablieferung von 400 000 Tonnen Schiffsbaumaterial glatt abzulehnen,** da sie von Amerika und England nicht gebilligt wird. Mit der Ablehnung muß die deutsche Regierung aber die Forderung auf sofortige Rückgabe der tapferen deutschen Seeleute verbinden, die durch ihre mutige Tat den geheimsten Wünschen der amerikanischen und englischen Admiralität so glanzvoll entsprochen haben. Nicht Strafe und Verfolgung, sondern Bewunderung und Dank haben sie seitens der Angelsachsen verdient.

Churchill als Warner.

Rotterdam, 25. Nov. Laut „N. Rott. Courant" schreibt Churchill im „Sun day Herald", es müsse die Politik Englands sein, **das deutsche Volk nicht zur Verzweiflung zu treiben** und zu verhindern, daß ihm nur die Hoffnung bleibe, einst wieder an das Schwert zu appellieren. Es sei keine gute Politik, Deutschland von Allen und vom Westen abzuschneiden und ihm nur noch eine Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten übrig zu lassen. Deutschland könne in Rußland alles finden, was es nötig habe, und zwar nicht nur für die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Kräfte, sondern auch für die Wiederherstellung seiner Weltmacht. Wenn Deutschland mit Rußland gemeinsame Sache mache, würde die Gefahr von 1914 wieder aufleben und man würde zwei Völkerbünde bekommen, einen Bund der Siegreichen und einen Bund der unterlegenen Nationen.

Auslieferung ohne Wissen des deutschen Volkes.

Basel, 24. Nov. Die „Information" meldet aus Paris: Ein alliiertes Kriegsgericht soll in kurzem in Lille zusammentreten, um **fünf wegen Plünderung angeklagte deutsche Offiziere, die von Deutschland bereits ausgeliefert wurden und sich in der Zitadelle von Lille befinden, abzuurteilen.** Weiter wird aus Lille gemeldet: Auf Grund eines Haftbefehls des zweiten Liller Kriegsgerichts sind **fünf Deutsche in Deutschland verhaftet worden und gestern in Lille eingetroffen,** wo sie nach der Zitadelle geführt worden sind. Sie werden wegen Gewalttaten, Diebstahls und Plünderungen abgeurteilt werden. Im ganzen sind 150 Haftbefehle erlassen, die im Begriffe stehen, ausgeführt zu werden. Weiter meldet Havas: Die erste Abteilung von deutschen Offizieren und Beamten, die des Diebstahls und der Plünderung angeklagt sind, sind ausgeliefert worden und in Lille eingetroffen. Der Korrespondent der „Presse de Paris" hat den Untersuchungsoffizier, Hauptmann Konstanz, befragt, der versicherte, daß die Untersuchungen in dieser Sache rasch geführt werden. Er fügte hinzu, daß andere Deutsche, deren Auslieferung beantragt wurde, binnen kurzem den Mitangeklagten folgen würden, und daß die Herren von Lille, gleichgültig, welches ihr Rang war, mit Einbeziehung der beiden Gouverneure v. Heinrich und Graevenitz ihr Teil bekommen werden. In der Liller Zitadelle, in der so viele Liller Helden geschmachtet haben, seien noch Plätze frei.

Die „starke Karte!"

Haag, 26. Nov. Eine Pariser Depesche des „Newyork Herald" besagt, Frankreich glaube mit den über **400 000 deutschen Kriegsgefangenen**, die es besitzt, eine genügend starke Karte in den Händen zu haben, um Deutschland die **Unterzeichnung des Protokolls abzwingen** zu können.

Für Auflösung des Untersuchungsausschusses.

Darmstadt, 26. Nov. In einer von weit mehr als 1000 Männern und Frauen besuchten Versammlung der Deutschen Volkspartei wurde nach einem Vortrage des Hauptmanns von Ruckteschell über den Feldzug mit Lettow-Vorbeck und einer Ansprache des Vorsitzenden, Abg. Dingeldey, folgende Kundgebung beschlossen:

„Immer noch vergeblich muß das deutsche Volk nach einjähriger Waffenruhe auf die Einkehr des Friedenszustandes warten. Immer noch vergeblich harren Hunderttausende deutscher Familien der Rückkehr der wider Recht und Sitte mit roher Gewalt zurückgehaltenen und mißhandelten Gefangenen. Durch ihre neuen Forderungen planen unsere Feinde die völlige Zerstörung deutscher Wirtschaft und deutschen Handels. Gegen das in solchem Augenblick veranstaltete, würdelose, deutsches Empfinden erneut auf das schändlichste verletzende Schauspiel, das der Welt der sogenannte Untersuchungsausschuß bietet, erheben wir entrüsteten Einspruch **Hindenburg und Ludendorff vor dem Richterstuhl des Vaterlandsverräters Cohn** — dies Bild fehlte noch unter den „Errungenschaften der Revolution!" Wir bitten die Fraktion der Deutschen Volkspartei, in der Nationalversammlung sich mit allem Nachdruck für die Auflösung des Untersuchungsausschusses und für die Bewahrung des deutschen Volkes vor weiterer Schändung seines Ansehens einzusetzen. Von Parlament und Reichsregierung aber erwarten wir die entschlossene Ablehnung der neuen Forderungen und Erdrosselungsversuche unserer Feinde."

Enthüllungen des Generals Gröner.

Berlin, 25. Nov. General Gröner, der letzte Generalstabschef v. Hindenburg, teilte in einer Zuschrift an die „Tradition" mit, er habe im Sommer 1917 den Kaiser vor **der drängenden revolutionären Entwicklung** warnen lassen, die nach seiner Erkenntnis die logische Folge eines unglücklichen militärischen Kriegsausganges sein werde. Er sei schon seit dem Herbst 1914 nach der Marneschlacht dem Gedanken eines ungünstigen Kriegsausganges näher getreten und habe von Jahr zu Jahr die Entwicklung unserer stratetigischen Lage mit wachsender Besorgnis verfolgt. Im Juli 1917 habe er dem General Ludendorff zweimal dringend vorgestellt, er möge selbst Reichskanzler werden. Er habe nur zwei Wege vor Augen gehabt: Entweder durch Ludendorff das Steuer scharf nach rechts legen zu lassen, oder der Kaiser machte entschlossen selbst die Revolution und sucht den Kanzler, der dazu bereit war (keiner der Linksparteien, sondern einen konservativen Mann). Der Weg der gewählt wurde, — mit halben Maßregeln sich zwischen den Gefahren hindurchzustehlen — mußte ins Verhängnis führen.

Deutschland und der Völkerbund.

Amsterdam, 26. Nov. Laut Telegraaf meldet der Pariser Korrespondent der Newyork Sun, in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend, **Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten,** und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Befragen erklärt, er sei jederzeit dafür eingetreten, daß Deutschland sobald wie möglich dem Völkerbund beitrete.

Ausgemachte Gotteslästerung.

Wir haben's gelesen: Die Senatoren Sherman und Thomas haben im amerikanischen Senat den Antrag gestellt, noch nachträglich in irgendeiner Form das Wort „Gott" in den Text des Versailler Friedensvertrags einzufügen. Das ist die häßlichste Gotteslästerung, die grinsende Heuchelei jemals zustande gebracht hat, schreibt die „Gartenlaube". **Was hat Gott mit dem Wortbruch Herrn Wilsons zu schaffen?** Selbst zu glauben, daß er um deswillen ihn mit Gehirnerweichung geschlagen habe, erscheint uns ein Mißverstehen des Gottwesens. **Was hätte Gott mit Länderdiebstahl, mit Völkerversklavung, mit dem neuen ungeheuren bethlehemischen Kindermord zu tun.** Gott ist so groß, daß er vielleicht sogar auch über die Ungeheuerlichkeit von Versailles nur schmerzlich lächelt und gelassen abwartet, wie die Menschheit sich mit dieser selbstbereiteten Schande abfinden werde. Die Menschen, sogar die Angelsachsen, sollten so viel Geschmack haben, ihn dafür aus ihrem unsauberen Spiel zu lassen.

Amerika auf der Suche nach Flottenstützpunkten.

Basel, 25. Nov. Die Presseinformation erfährt aus London: Der bisherige amerikanische Marineadmiral Knabbi ist mit der Aufstellung **eines amerikanischen Geschwaders in europäischen Gewässern** beauftragt worden und hat im Hinblick auf diese Tätigkeit seinen bisherigen Posten an den Kapitän Sixton abgetreten. Das Marineamt der Vereinigten Staaten sucht in Europa eine Basis für dieses Geschwader zu finden und steht wegen Pachtung eines Schutzhafens auf den Azoren in Verhandlung mit Portugal.

Der Anschlußgedanke marschiert.

Wien, 24. Nov. In der Zusage Deutschlands, Deutschösterreich trotz eigener Schwierigkeiten, so weit irgend möglich mit Getreide auszuhelfen, erblickt die Wiener Presse eine tiefe **Beschämung der Entente** und erklärt übereinstimmend, die Verhinderung des Anschlusses an Deutschland durch die Entente werde durch die Wucht der Tatsachen hinfällig und treibe von selbst der Vollendung zu.

Deutsche
Spar-Prämienanleihe
1919
ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!

Peinliche Szenen auf dem Wiener Bahnhof.

Wien, 26. Nov. Bei der Ankunft des holländischen Hilfszuges haben sich peinliche Szenen abgespielt. Der Leiter des Hilfszuges, Oberleutnant Houtmann, mußte den Zug mit vorgehaltenem **Revolver gegen das Bahnhofspersonal** verteidigen, um eine Beraubung des Zuges zu verhindern. Von 20 Waggons sind 12 für Wien, die anderen für Budapest bestimmt. Mit den holländischen Vorräten sollen 10 000 Kinder den Winter über ernährt werden.

Italienische Schwierigkeiten.

London, 26. Nov. Ein ausführlicher Drahtbericht aus Rom an die englischen Blätter meldet, daß bei der Eröffnung der italienischen Kammer **ernste Unruhen** erwartet werden. Wie bekannt, sind die Linkssozialisten bei den Wahlen sehr stark geworden. Es verlautet, daß sie beabsichtigen, bei der Eröffnung mit allen Mitteln sich dafür einzusetzen, um den König auszupfeifen, so daß es diesem unmöglich werde, die Thronrede zu verlesen. Die Minister halten täglich Besprechungen, um den erwarteten Schwierigkeiten zu begegnen. Der „Telegraph" meldet, daß die Möglichkeit eines **Rücktritts des Königs** (?) erwogen werde zu Gunsten des Herzogs von Aosta oder des Kronprinzen Humbert.

Besserung der Lage im Baltikum.

Berlin, 26. Nov. Die Lage im Baltikum gibt nunmehr **zu Besorgnissen keinen Anlaß mehr.** Wie wir an zuständiger Stelle hören, ist das Freikorps Randis in Janitschki und bleibt vorläufig dort zur Sicherung der noch nördlich von Schaulen sich befindenden Züge. Die Eiserne Division hat die Bahnlinie Alt-Autsch und Schakory erreicht und ist im weiteren Zurückgehen begriffen. Zwischen Deutschen und Letten haben auf der ganzen Linie lediglich Patrouillengeplänkel stattgefunden. In Deutschland sind dieser Tage vier Züge eingetroffen mit insgesamt 1900 Flüchtlingen, 435 Verwundeten und 325 unverwundeten Militärpersonen. Das Detachement Plehwe hat bereits mit einem Teil der Truppen deutschen Boden erreicht. Der Rest nähert sich der deutsch-russischen Grenze. Das Generalkommando Eberhardt befindet sich in Schaulen. Geschlossene Militärtransporte, die bereits die Grenze passiert haben, werden sofort an die Bestimmungsorte weiter geleitet. Einzelne Zivilisten werden dem Lager Heisberg zugeführt, ebenso werden versprengte Militärpersonen in Sammellagern zu Transporten vereinigt und dann abbefördert.

Unterstützung der in Kurland eingeschlossenen deutschen Freikorps.

Berlin, 27. Novbr. Wie wir zuverlässig erfahren, sind gestern deutsche Truppen bei Tauroggen **über die litauische Grenze** marschiert zur **Unterstützung der in Kurland eingeschlossenen deutschen Freikorps.** Die Aktion erfolgte auf Anordnung einer höheren Kommandostelle in Ostpreußen. Diese, die zu ihrem Schritt nicht die Genehmigung drs Reichswehrministers eingeholt hat, wird auch die Verantwortung übernehmen.

Die Unruhen in Aegypten.

London, 25. Nov. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses teilte Lord Curzon über die Lage in Aegypten u. a. mit: Die jetzigen Vorgänge haben ihren Grund in wirtschaftlichen Ursachen, namentlich in der Verteuerung der Lebenshaltung. Ausländische Sozialisten haben nicht verfehlt, sich diese Sachlage zu Nutzen zu machen, aber die Vorstöße der Nationalisten auf die Unabhängigkeit Aegyptens hin, dürften verfehlt sein, denn alle Signatarmächte des Versailles Vertrages haben ausdrücklich das **englische Protektorat über Aegypten anerkannt.** Die Mission Millners sei ausdrücklich darauf gerichtet, die Ruhe und Ordnung in Aegypten aufrecht zu erhalten und dann auch eine Verfassung für Aegypten auszuarbeiten, wobei sämtliche Parteien zu Rate gezogen werden sollen.

Basel, 26. Nov. Die Information meldet nach der „Daily Mail" aus Kairo: General Alenby meldet: **Die Lage in Aegypten bleibt sehr ernst. Im Nil-Delta seien über 80 englische Siedlungen niedergebrannt worden. Viele Briten wurden niedergemetzelt.** Die Zahl der Aufrührer sei größer als die britische Truppenmacht, weshalb rasche Verstärkungen notwendig seien. Es wurden Aufrufe der Aufrührer der Verschwörebande gefunden, in denen es heißt, daß alle Briten zu ermorden und das Land von den Fremden zu säubern sei.

Deutsche Nationalversammlung.

Interpellation über landwirtschaftliche Fragen.
Die Hebung der Produktion.

Berlin, 26. Nov. Eröffnung der Sitzung 1.25 Uhr mittags.

Abg Semmler (D.-N.) begründet die Interpellation Arnstadt über die Zwangswirtschaft.

Abg. Dr. Heinze (D.-N.) Die Zwangswirtschaft fesselt den Produzenten. Die Grundlagen der Landwirtschaft müssen neu aufgebaut werden. Der Landwirt muß nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen und die Produktion gesteigert werden folgt die Regierung unseren Anregungen nicht, so lehnen die Vertretungen der Landwirte jede Verantwortung für den Zusammenbruch unserer Ernährung ab. Die Stickstoff- und Kalifabriken müssen endlich zu lebenswichtigen Betrieben erklärt werden Abg. Held (Ztr.) begründet die Interpellation Trimborn wegen Forderung auf Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, und zugleich den Antrag Blume (Ztr.) wegen Milderung der durch den Frost verursachten Schäden an den Hackfrüchten Die Gefahr des Ueberganges zur extensivsten Wirtschaft ist sehr groß. Eilgüterzüge müssen die Kartoffeln in die Verbraucherbezirke tragen. Die Stickstoff- und Kaliwerke müssen mit Kohlen beliefert werden im Interesse der Allgemeinheit. Minister Schmidt: Die für die Kartoffeln eingeführte Schnelligkeitsprämie hatte keinen vollen Erfolg wegen der Verkehrs- und Witterungsschwierigkeiten. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein, da die starke Schneedecke das Erfrieren verhinderte. Die Verkehrssperre mit ihres bevorzugten Beförderung von Kohlen und Lebensmitteln hat nicht allen Anforderungen entsprochen. Wir hoffen, einen großen Teil der Zuckerrüben noch zu retten. Um zu verhindern, daß sie verfüttert werden, müssen wir die Zuckerpreise erhöhen. Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu verfüttern. Das Schiebertum wird hoffentlich im neuen Wuchergesetz wirksam bekämpft werden. Es scheint mir fraglich, ob wir im nächsten Jahre die Freigabe von Hafer aufrecht erhalten sollen und können, da im Hinblick auf die hohen Preise jetzt mehr Hafer gebaut wird. Die Mehlkäufe im Ausland müssen wir bei dem Valutastand auf das geringste Maß beschränken. Auch beim Viehstand macht sich die Tendenz eines wenn auch geringen Aufstieges bemerkbar. Der Kleinbesitz und Kleinbauer muß begünstigt werden. Das Siedlungsgesetz soll dabei helfen. Die Entbehrungen der städtischen Bevölkerung sind so groß, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich eine große Erbitterung in der städtischen Bevölkerung zeigt und sich auch politisch auswirft. Dem gegenüber hat der Landwirt von solchen Sorgen noch keine Ahnung Die Zwangswirtschaft kann noch nicht aufgehoben werden

Nach kurzer Besprechung vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. 3. Lesung der Reichsabgabenordnung, Hungersnot in Deutsch-Oesterreich.

Das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 26. Nov. Die Demokraten und das Zentrum traten gestern abend nach der Plenarsitzung der Nationalversammlung nochmals zu Fraktionssitzungen zusammen, um sich mit den beiden strittigen Punkten des Betriebsrätegesetzes zu beschäftigen. Die Demokraten haben, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, festformulierte Kompromiß-Anträge ausgearbeitet, die in der heutigen Sitzung des Betriebsräte-Ausschusses unterbreitet werden sollen. Sie hoffen, daß sich auf dieser Grundlage eine Einigung erzielen läßt. Das Zentrum scheint keine Neigung zu haben mit den Sozialdemokraten ohne die Demokraten mitzumachen und der **Austritt der einen Partei aus der Regierung würde auch den der anderen nach sich ziehen.** Wie wir weiter erfahren, besteht die Hoffnung, daß die wegen des Betriebsrätegesetzes in Aussicht stehende Regierungskrise vermieden werden kann. Ein Kompromiß in letzter Stunde ist nicht ausgeschlossen, falls die neuen Vorschläge der Demokraten bei den anderen Regierungsparteien Berücksichtigung finden. Die Vorschläge zielen darauf hin, die den Betriebsräten zustehende Einsicht in die Bilanzen von Vorbedingungen abhängig zu machen, die eine tätliche Auswirkung in Bezug auf die übertriebenen Lohnforderungen verhindern soll. Das Zentrum hat vorgeschlagen, die Einsichtnahme in die Bilanz nur Betriebsräten in denjenigen Unternehmungen zu gestatten, die eine Angestelltenzahl von 50 und eine Arbeiterzahl von 300 aufweisen

Auf dem Wege zur Einigung.

Berlin, 27. Nov. Das Kompromiß über die Betriebsrätefrage ist noch nicht zustande gekommen. Ueber den Bilanz-Paragraphen ist überhaupt noch keine Einigung erreicht. Heute vormittag soll der Ausschuß zunächst nur den Aufsichtsrats-Paragraphen beraten. Am Nachmittag werden die Vertreter der Mehrheitsfraktionen ihre vertraulichen Besprechungen fortsetzen. Nach der „Germania" darf man sagen, daß in **grundsätzlicher Beziehung bereits eine Einigung zwischen den drei Mehrheitsparteien zustande gekommen ist,** so daß die Gefahr für die Vorlage und damit auch die einer etwaigen Krisis im Reichskabinett als schon behoben gelten darf.

Der Wiederaufbau.

Berlin, 26. Nov. Die Verhandlungen über die Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sollen in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Man hofft, daß es gelingen wird, zur Verständigung zu kommen, sodaß die Vorbereitungen zur Stellung von deutschen Arbeitskräften sofort vom Reichsarbeitsministerium aufgenommen werden können. Wahrscheinlich können dann zu **Beginn des nächsten Jahres die ersten Hunderttausend Arbeiter nach Frankreich entsandt werden.** Voraussichtlich wird Deutschland 300 000 Arbeiter zum Wiederaufbau stellen. Von amtlicher Seite wird betont, daß bei den bisherigen Verhandlungen von den Franzosen keineswegs die sofortige Gestellung von zivilen Arbeitskräften verlangt wurde, im Gegenteil hat gerade die französische Regierung die ganze Angelegenheit sehr dilatorisch behandelt.

Der Uebergang der Bahnen auf das Reich.

Dresden, 25. Nov. Wie wir erfahren, wird der Uebergang der einzelstaatlichen Eisenbahnen auf das Reich, der laut Verfassung bis 1. April 1921 erfolgen muß, tatsächlich schon **zum 1. April 1920** erfolgen. Wie wir weiter hören, hat am Montag in Jena eine Konferenz der Vertreter der Verkehrsverwaltungen der deutschen Einzelstaaten begonnen, die bis Mittwoch dauern soll und die sich mit der Uebernahme der Verwaltungen der Binnenwasserstraßen auf das Reich beschäftigt.

Eine Gedächtnisfeier.

Berlin, 25. Nov. Die Deutschnationalen in Potsdam veranstalteten in der dortigen Garnisonskirche eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen, wobei auch General Ludendorff einige Worte sprach. Als er geendet hatte, sprang ein Feldgrauer auf und rief laut durch das Kirchenschiff: **„Wenn die Stunde kommt, dann folgen wir Ihnen wieder, General Ludendorff." Dann** erhob sich die ganze Gemeinde und sang Deutschland, Deutschland über alles.

Der unangenehme Ludendorff!

Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet die folgende, aus Berlin vom 25. November datierte Meldung: „Zu den Vorgängen in Potsdam, an denen auch General Ludendorff beteiligt gewesen ist, erfahren wir von zuständiger Stelle: Es handelt sich um eine große Feier zu Ehren der Gefallenen. Sie sollte in der Garnisonskirche stattfinden. Naturgemäß erschienen zu ihr viele Soldaten der dort befindlichen Formationen Wenn nun diese Gelegenheit, deren Berechtigung von niemand bestitten wird, von General Ludendorff dazu benutzt worden ist eine agitatorische Rede zu halten, so muß festgestellt werden, daß Herr Ludendorff für die Behörden als Privatmann gilt und daß in Deutschland nach der Verfassung, sofern kein Ausnahmezustand und mit ihm die Möglichkeit der Schuhaft besteht, jedermann das Recht hat, öffentlich zu reden, was er selbst verantworten zu können glaubt. Vorausgesetzt, daß die allgemeinen Strafgesetze dabei nicht verletzt werden. **Dem Reichswehrminister steht kein Verfügungsrecht über den General Ludorff mehr zu.** Das preußische Kultministerium erkennt an, daß es sich für das erste bei den Potsdamer Vorfällen um eine innerkirchliche Angelegenheit handelt; doch wird sie als Aufsichtsinstanz die oberste Kirchenbehörde auf das Bedenkliche des Vorkommnisses aufmerksam machen"

Kronprinz Rupprecht Präsidentschaftskandidat?

Augsburg, 27. Nov. Wie die Augsburger Neuesten Nachrichten aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat das bayerische Zentrum sich entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern zu befürworten und zu unterstützen.

Spartakistenterror in München.

München, 25. Nov. In staatlichen und privaten Betrieben in München sind Spartakisten dazu übergegangen, unter **Streikandrohung die Entlassung angestellter Arbeiter** zu verlangen, weil diese bei der Reichswehr waren. Von den zuständigen Behörden ist nichts zu erwarten, wenn sich schon die Demobilmachungsstelle diesen skandalösen Terror gefallen läßt und sogar mit der Anrufung des Schlichtungsausschusses in solchen Fällen einverständen ist.

Das Recht der Frau auf Arbeit.

Es wird uns geschrieben: Die Durchführung der Verordnung vom 28. März 1919 über die Freimachung von Arbeitsstellen hat in großem Umfang zu einer Verdrängung der Frauenarbeit auch aus solchen Arbeitsgebieten geführt, auf denen die Frauen lange vor dem Krieg nützliche Arbeit geleistet haben. Um unter Würdigung der gegenwärtigen Schwierigkeit den für die gesamte Frauenarbeit hieraus erwachsenden Gefahren zu begegnen, und darauf hinzuwirken, daß bei der Durchführung der Verordnung vom 28. März Härten vermieden werden, haben sich Vertreterinnen der Frauenberufsverbände verschiedenster Richtungen Anfang November zu einer losen Vereinigung zusammengeschlossen, die ihre Geschäftsstelle in Berlin W. 30, Barbarossastraße 65, hat. Die Vereinigung will alles Material über die Frage sammeln, um in Einzelfällen eingreifen zu können, dann aber auch, um es Behörden, Organisationen und Einzelpersonen zur Bearbeitung bezw. zur Verwendung bei der Vorbereitung gesetzgeberischer oder Verwaltungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Gantzer.

30 Nachdruck verboten.

„Allerdings nicht, gab Georg zu. „Aber ich bin den Kerl ja nun los. Das wünschte ich schon längst. Der Mensch erschien mir stets wie die verkörperte Tradition und wie St. Bureaukratius in Person. „Das haben wir immer so gemacht." Und: „Könnten wir den I-Punkt da nicht ein bißchen dicker und runder hinsetzen?" So ungefähr, verstehst du? Der richtige verknöcherte Philister- und Pfeffersacktyp, wie er in der guten Stadt Burgbeck zu Dutzenden gedeiht. Mir fällt dergleichen auf die Nerven. Ekelhaft!"

„Und nun gehen wir wohl?" fragte Swensitzky. „Nur eins noch, das mir gerade einfällt und was wir an diesem verschwiegenen Orte besonders gut erledigen können. Sage mal, was hat eigentlich deine liebe Schwägerin Doris gegen mich? Sie beliebt es, mich wie Luft zu behandeln. Weißt du vielleicht, weshalb sie das tut?"

Georg ging mit ziemlicher Lebhaftigkeit auf das neue Gesprächsthema ein. Er empfand, daß Swensitzky sich für Doris interessierte, und war äußerst angenehm berührt. „Du mußt manche ihr noch anhaftenden schroffen Formen im Verkehr mit dem anderen Geschlecht ihren knapp überwundenen Backfischjahren zurechnen", suchte er zu entschuldigen. „Sie ist doch im übrigen ein . . . ."

„. . . patentes, schnuckrigsüßes Mädel, ganz selbstverständlich!" führte Bernhard Swensitzky unterbrechend zu Ende. „Und unter uns im Vertrauen: sie interessiert mich, ja ich bin fast so etwas verschossen in sie."

„Das freut mich ungemein, lieber Bernhard. Da wünsche ich dir viel Glück, wenn du auf die Pirsch gehst." Georg klopfte dem andern die Schulter und lächelte ihn ermutigend an.

„Vielleicht sondierst du mal bei Gelegenheit ein bißchen?"

„Nee, Bester!" rief Georg, die Rechte mit gespreizten Fingern vorstoßend und das Gesicht zu einem süßsauren Lachen verziehend. „Mich hat sie gefressen. Da trau' ich mich nicht heran. Und dann weißt du doch: Selbst ist der Mann!"

„I, wir fürchten uns nicht!" versicherte Swensitzky, kühn das Monokol einsetzend und das rostrote Schnurrbärtchen zwirbelnd. „Aber ein taktfester Bundesgenosse ist auch etwas wert."

„Auf mich darfst du nicht rechnen," erklärte Georg, während er schon die Tür öffnete und hart losstieß, daß sie fast an die Wand flog und beinahe den grauen Kopf Hedderwischs getroffen hätte, wenn der Alte nicht schnell zur Seite gesprungen wäre.

„Ha, der Kerl horcht ja hier an den Türen herum!" entfuhr es Georg wütend, während er Hedderwisch, der zusammengeknickt dastand, mit zornigen Augen musterte.

„Zu befehlen gnädiger Herr, nein, ich horchte nicht. Ich wollte nur gerade reinkommen und die Rolläden runterlassen. Es ist meine Pflicht, das . . ."

„Noch solch ein Pflichtfex," schnitt ihm Georg das Wort ab und wandte sich, hellauf lachend, seinem Begleiter zu. „Und dieses Exemplar scheut sich nicht, mit dem Schlagwort von der Pflicht eine Ungehörigkeit bemänteln zu wollen."

„Gnäger Herr, ich habe wirklich und wahrhaf . . . ."

„Lügen Sie nicht, Kerl! Sie haben gehorcht!"

„Bei meiner Seelen Seligkeit, ich . . . ."

„Still! Keine Widerrede mehr! Sie können alle Heiligen der Chinesen zu Zeugen Ihrer Unschuld anrufen. Es hilft nichts. Solche Leute, die an den Türen herumstehen, kann ich nicht gebrauchen. Sie sind entlassen! Von morgen ab will ich Sie hier nicht mehr sehen."

Hedderwischs blaue Augen weiteten sich erschrocken. Er stand wie erstarrt . . . „Entlassen? O, gnädiger Herr, das werden Sie doch nicht tun! Ich habe mir ja nichts zu schulden kommen lassen. Dreißig Jahre diene ich Friedrich Garding schon, und nun . . . ."

„. . . . ist's mit einemmale zu Ende. Ja, ja, jetzt weht hier ein anderer Wind! . . . Komm, Bernhard!"

Die beiden gingen, ein Gespräch beginnend, durch das Kontor und verließen es, ohne einen einzigen Blick zu Ferdinand Hedderwisch zurückzuwerfen. Der verharrte noch sekundenlang, ohne sich bewegen zu können, hatte die zitternden Hände ineinandergeschlossen und fühlte, wie ihm etwas Feuchtes in die Augen stieg.

„Aber so schäme dir doch, Ferdinand Hedderwisch!" murmelte er im Selbstvorwurf und fuhr sich mit dem Jackenärmel energisch über die Augen. „Einer, der Siebzig mitgemacht und für Tapferkeit vor dem Feinde das Eiserne Kreuz gekriegt hat, flennt nicht wie ein altes Weib. Selbst dann noch nicht wenn er bei Friedrich Garding rausgeschmissen wird."

Mit festen Schritten ging er in das Privatkontor und ließ die eisernen Rolläden herab. Als er dann seine übrigen Dienstobliegenheiten verrichtet hatte, suchte er seine neben dem Kontor gelegene Schlafkammer auf. Sinnend saß er auf dem Bettrand, weit nach vornüber geneigt, und dachte der alten Zeit und des alten Herrn . . . . „Ja, wenn es doch noch mal so werden wollte, wie es einst gewesen ist", dachte er trübsinnig . . . . Aber so wurde es ja nie, nie wieder. Und morgen, morgen! Ach, dieses trübe, traurige Morgen! — —

Peter Brockmann schlich wie ein Kranker durch den Augustabend heim. Die Konsulin hatte ihre ganze Ueberredungskunst aufgewandt, ihn zum Bleiben zu bewegen und war über die schroffe Art und Weise ihres Schwiegersohnes empört gewesen. Wirklich empört. Zum erstenmal hatte sie Georg nicht verstanden und sich vorgenommen, ihm ihr Mißfallen auszudrücken. Endlich, als der Prokurist auf alle ihre Vorstellungen und Bitten immer wieder als einzige Entgegnung gesagt hatte: „Ich bitte Sie trotzdem, mich sofort entlassen zu wollen, es ist mir unmöglich, meine Stellung länger zu bekleiden", war sie leicht ärgerlich geworden und hatte aus dieser Stimmung heraus erwidert: „Dann gehen Sie, Herr Brockmann, es wird sich ja auch schließlich für Sie Ersatz finden lassen". Eine ungnädige Handbewegung, ein brüskes Kopfheben. Und Brockmann war wie zerschlagen die Treppen hinuntergewankt.

Ja, sie würden schon Ersatz finden. So war das in der Welt: Das Alte fiel, stürzte, und das Neue kam als Ersatz. Es ließ sich alles ersetzen!

Wie ihn das Wort schmerzte! Es ließ ihn nicht wieder los. Wenn man ihm doch wenigstens das nicht gesagt! Und noch dazu so kalt und gleichgültig gesagt! Er hätte wirklich etwas mehr Wärme verdient. Wie würde sein Leben nun werden? Er fühlte sich wie von festem Lande hinweggerissen, in einem uferlosen Strom treibend. Er sah seine künftigen Tage ohne Zweck und Inhalt, als licht- und freudlose Geseller.

Immer langsamer, schleichender wurde sein Gang, immer mehr sank er in sich zusammen. Er schritt zuletzt wie ein Schwerkranker dahin, achtete nicht auf seine Umgebung und bemerkte es nicht, daß die Passanten bereits verwundert hinter ihm dreinsahen und wohl gar stehenblieben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg